

Publication	heise online
Date	November 11, 2004
Title	<i>Japanische Politiker erwägen Verbot von Prepaid-Handys</i>

Japanische Politiker erwägen Verbot von Prepaid-Handys

In Japans größter politischer Partei, den Liberaldemokraten, wird laut Medienberichten darüber diskutiert, landesweit im Mobilfunk keine Prepaid-Verträge mehr zuzulassen. Auslöser für diese Überlegung sind eine -- offenbar zunehmende Zahl -- von Anrufen mit kriminellem Hintergrund, die mit Prepaid-Telefonen getätigt werden. Hierbei gibt der Anrufer zum Beispiel vor, der Rechtsanwalt eines Angehörigen des Angerufenen zu sein: Der Angehörige befindet sich in Haft oder sonstigen ernststen Schwierigkeiten, aus denen ihm nur der "Anwalt" durch eine Blitzüberweisung eines größeren Geldbetrags helfen könne.

Die *European Business Community* hingegen, die die Interessen von rund 3000 europäischen Unternehmen in Japan vertritt, hält ein Prepaid-Verbot für eine ungeeignete Maßnahme, diese Gaunereien einzudämmen. Schuld daran, dass sich die Betrüger vorausbezahlter Handys bedienen, seien Mängel in der Identitätsprüfung beim Abschluss eines japanischen Prepaid-Vertrags. Diese Verträge sind im Übrigen nicht nur bei Verbrechern, sondern auch bei ausländischen Reisenden und Geschäftsleuten sehr beliebt, die sich nur zeitweise in Japan aufhalten, sodass sie ein Laufzeitvertrag mit regelmäßiger Grundgebühr teuer zu stehen käme.

Bemerkenswert ist, dass sich Japans Nummer eins unter den Mobilfunkanbietern NTT DoCoMo gegenüber einem Prepaid-Verbot durchaus aufgeschlossen zeigte -- befinden sich doch unter den rund 46 Millionen DoCoMo-Kunden noch nicht einmal 100.000 Prepaid-Verträge. Ganz anders sieht es für den Wettbewerber Vodafone K.K. aus: Rund 10 Prozent (1,5 Millionen) seiner etwa 15 Millionen Kunden in Japan nutzen Prepaid-Verträge. Der Ableger des britischen Vodafone-Konzerns hat inzwischen angekündigt, die Identitätsprüfung zu verbessern, um mögliche Telefon-Gauner besser dingfest machen zu können. (ssu/c't)

<http://www.heise.de/newsticker/Japanische-Politiker-erwaegen-Verbot-von-Prepaid-Handys--/meldung/53153>